

17 255



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31 - 33
Fernschreiber 0896 890

P/XIV/210 - 17. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Vier Jahre Zeit ... Nach der Algerien-Proklamation	43
2	Abrüstung im Mittelpunkt Zu Gharuschtschows Ankündigung	33
3 - 4	Ist Indien keine Messe wert? Von Inge Deutschkron, zur Zeit in New Delhi	63
5 - 6	Die veränderte Situation der Grundschule Niedersächsische Lehrerschaft stellt konkrete Forderungen	64
7	MdB Alfred Frenzel 60 Jahre Streiter für die Wiedergutmachung	23

* * *
* * *

Handwritten signature or mark

Vier Jahre Zeit ...

sp - Die mit Spannung erwartete Erklärung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle zur Algerien-Frage wird in Paris von den Parteien der Mitte mit einem gewissen Aufatmen registriert. Man weiß endlich, wie sich de Gaulle die Lösung dieses schmerzlichen Problems vorstellt, gibt sich aber nicht der Hoffnung hin, daß die Aufständischen bereit sein könnten, die vom französischen Staatspräsidenten als Bedingung für Wahlen gestellten Forderungen zu akzeptieren. Wenn de Gaulle sagte, daß er den Zustand der "Befriedung" dann für gegeben halte, falls nicht mehr als zweihundert Menschen im Jahr durch Terror oder Attentate ums Leben kämen, so bedeutet dies die Ankündigung weiterer militärischer Aktionen. Überhaupt ist die Vierjahres-Frist ganz offenbar das Zugeständnis de Gaulles an die Armee, daß die militärische "Befriedungsaktion" in Algerien zunächst fortgesetzt werden soll.

Dies scheint der Preis gewesen zu sein, den de Gaulle an die Militärs in Algerien zahlen mußte, um sich deren Hilfe zur Eindämmung rechtsextremistischer Strömungen zu versichern.

Nun zur anderen Seite: Die Annahme der gestern von de Gaulle angekündigten Vorschläge würde die Aufständischen trotz der zugesicherten "ehrvollen Bedingungen" der unmittelbaren Einflußnahme auf kommende Wahlen berauben. Denn in jedem Falle würden diese Wahlen erst in einer Situation stattfinden, in der Frankreich mit militärischen Mitteln in Algerien seinen Willen durchgesetzt hat.

Ob der französische Staatspräsident mit seiner Willenskundgebung vom Mittwochabend in der UNO über die Hürden kommen wird, ist ebenfalls zweifelhaft. Frankreich betrachtet nach wie vor eine UNO-Debatte über das Algerien-Problem als Eirmischung in seine inneren Angelegenheiten. Noch am Mittwoch hatte der Lenkungsausschuß der Vereinten Nationen gegen den Protest des französischen Vertreters empfohlen, die Situation in Algerien auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Wie verlautet, hatte die Bundesregierung - ohne selbst Mitglied der UNO zu sein - die verbündeten Nationen ersucht, den französischen Standpunkt zu billigen und dafür als Gegenleistung die französische Zusage erhalten, in der Berlin-Frage festzubleiben. Diese Intervention Bonn's war, wie man jetzt sieht, erfolglos; ihr Ergebnis wird die Isolierung der Bundesrepublik im Block der asiatisch-afrikanischen UNO-Mitglieder sein.

Das alles dürfte zu weiteren Spannungen innerhalb des westlichen Lagers führen, weil nicht einmal die Vereinigten Staaten sich heute mit Rücksicht auf ihre Positionen in den Ländern der asiatisch-afrikanischen und noch nicht dem Ostblock angehörenden Staaten leisten können, eindeutig zu Gunsten Frankreichs Stellung zu nehmen. In Algerien selbst wurde inzwischen die Zensur angeordnet, um das Durchsickern unliebsamer Nachrichten zu unterbinden.

Abrüstung im Mittelpunkt

sp - Die Ankündigung Chruschtschows, er werde in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung neue Abrüstungsvorschläge machen, läßt darauf schließen, daß Eisenhower und der sowjetische Ministerpräsident bereits bei ihren ersten Fühlungen das Abrüstungsproblem in den Mittelpunkt ihrer Gespräche gestellt hatten. Wenn nicht alles täuscht, scheint Chruschtschow also die Abrüstungsfrage zum Leitmotiv des russisch-amerikanischen Dialogs machen zu wollen. In der Deutschland-Frage hat er die in Genf von Gromyko eingenommene Haltung unverändert bestätigt.

Nach dem Gespräch, das die britischen Oppositionsführer Gaitskell und Bevan mit Chruschtschow vor kurzem in Moskau geführt haben, war deutlich geworden, wie stark der erste Mann der Sowjetunion an der Diskussion auch über regionale Abrüstungsabkommen - besonders im europäischen Raum - interessiert ist.

An diesem Punkt beginnt auch die Deutschland-Frage unmittelbar in den Kreis der Abrüstungsgespräche zu rücken, und zwar deswegen, weil der Bundeskanzler noch vor einigen Tagen mit aller Schärfe Verhandlungen über die Einrichtung einer militärischen Entspannungzone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan) erneut abgelehnt hat.

Jetzt drängt sich die Frage auf, in welche Situation die Bundesregierung gerät, wenn sie einerseits zwar globalen und weltweiten Abrüstungsbestrebungen das Wort redet, andererseits jedoch konkrete Maßnahmen zu Rüstungsvermindierungen im geteilten Europa aus der Diskussion ausschließen will.

Vor und während der Genfer Außenminister-Konferenz, aber auch jetzt wieder, hat sich die Bundesregierung auf den Status quo des Rüstungspotentials festgelegt. Sie hat in den letzten Tagen sogar von einer Aktivierung der westdeutschen Aufrüstung gesprochen.

Wir befürchten, daß diese Haltung nicht nur auf Kosten der Sicherheit des deutschen Volkes gehen wird. Auch die europäische Sicherheit diesseits und jenseits der Demarkationslinie steht auf der Tagesordnung, deren ruhige Behandlung durch das Verhalten der Bundesregierung ständig gestört wird.

+ + +

Ist Indien keine Messe wert?

Von Inge Deutschkron, zur Zeit in New Delhi

Dem kritischen Beobachter, der noch vor kurzem in der Bundesrepublik die Bereitwilligkeit der Bundesregierung zur Unterstützung entwicklungsreifer Völker vernahm, will es bei seinem Besuch asiatischer Länder scheinen, als sei diesen Beteuerungen nur rhetorischer Wert beizumessen. Jedenfalls deutet vieles darauf hin, daß zumindest die westdeutsche Wirtschaft ihr in früheren Jahren so oft bekundetes Interesse am indischen Markt nachgelassen hat. Für die in Kürze in New Delhi stattfindende Landwirtschaftsausstellung hat die deutsche Bundesregierung ihre Teilnahme abgelehnt. Das den deutschen Ausstellern zugedachte weiträumige Gelände wird nunmehr von der Pankower Regierung genutzt werden. Und wer zweifelt daran, daß Pankow mit seiner Schau nicht brillieren wird! Noch erstaunlicher aber scheint die Tatsache, daß der indische Finanzminister Desai zum zweiten Male vergebens um einen Empfang in Bonn gebeten hat. Desai reist in Kürze nach Großbritannien und den USA, um Unterstützung für den Dritten Fünfjahresplan Indiens zu erwirken. Ihm schien auch ein Abstecher in Bonn zweckmäßig zu sein, nicht so aber der Bundesregierung, wobei man unverantwortliche Gedankenlosigkeit als Ursache für diese merkwürdige Haltung ausschließen darf.

Oder aber sollte der Grund dafür sein, daß die Gefahr zunächst gebannt ist, die DDR, die mit ihren hindi-sprechenden Handelsvertretern eine große Aktivität bewies, könne den indischen Markt gewinnen? Die DDR erwies sich vielfach zwar als unfähig, angebotene Projekte auszuführen, ihre großzügigen Angebote blieben zunächst Luftschlösser. Das schließt aber keineswegs die Möglichkeit aus, daß auch die mitteldeutsche Industrie eines Tages konkurrenzfähig wird. Dann wären allerdings die Vorteile von Handelsabschlüssen mit der DDR für die Entwicklungsländer kaum zu überbieten. Zu diesen Vorteilen rechnet in erster Linie, daß Zahlungen an die DDR in einheimischer Währung des betreffenden Auftraggeberlandes und nicht in Devisen geleistet werden können. Schon heute ist Pankow ein guter Kunde indischer Waren, für die Westdeutschland bisher nur geringes Interesse aufwies, so daß die Einfuhr westdeutscher Waren in keinem Verhältnis zu der Ausfuhr indischer Waren nach Westdeutschland steht.

Schließlich dürfte auch eine Rolle spielen, daß der indische Industrielle bei jedem Handelsabschluß mit Vertretern der Pankower Regierung verhandelt, während er in Westdeutschland mit einzelnen Kaufleuten Kontakt aufnehmen muß. Es ist dabei bereits vorgekommen, daß indische Firmen, die in Unkenntnis westlicher Geschäftsgebahren auf Referenzen der westdeutschen Firmen verzichteten, Opfer von Betrügern wurden und ihr Geld verloren. Die indische Regierung hat diesen Gefahren insofern einen Riegel vorgehoben, als sie die Vergabe von Devisen sehr beschränkt.

Damit erschwert sie allerdings, und dies sei nur am Rande der besseren Einschätzung halber erwähnt, auch die Einfuhr von Ersatzteilen für bereits aufgestellte westdeutsche Maschinen. Auch dieser Umstand erweist sich letzten Endes als Vorteil für die auf Devisen verzichtende mitteldeutsche Wirtschaft.

Selbst wenn man nur annehmen dürfte, daß die Wirtschaft in der DDR für lange Zeit nicht in der Lage sein wird, den Bedarf des indischen Marktes zu befriedigen, so darf man jedoch nicht übersehen, daß die von Pankow gerade in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen auf die Dauer ihre psychologische Wirkung auf die Beziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern nicht verfehlen werden.

Hinzu kommt jetzt die wachsende Interessenlosigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft. An diesem Punkt muß man sich zwangsläufig die Frage vorlegen, welche Gründe Indien noch haben könnte, der DDR die Anerkennung als Staat weiterhin zu verweigern. Allein die Möglichkeit, daß die Bundesregierung in einem solchen Falle die diplomatischen Beziehungen zu Indien abbricht, dürfte die Inder kaum erschrecken.

+ + +

Die veränderte Situation der Grundschule

E.P. Auf der Anfang Oktober in Goslar stattfindenden Bezirks-
tagung des Gesamtverbands niedersächsischer Lehrer in der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft wird es zu konstruktiven Forderungen kom-
men, die der veränderten Situation der Grundschule Rechnung tragen
werden. Es geht der niedersächsischen Lehrerschaft vor allem auch um
die Schaffung der praktischen Voraussetzungen für die Einführung des
9. und 10. Grundschuljahres. Schliesslich wird hiermit auch der in
Niedersachsen erklungene Gedanke ventiliert, die Schulzeit der ver-
kürzten Arbeitszeit anzupassen und damit Wege für einen grundsätz-
lich freien Sonnabend in der Schule zu ebnen.

Theorie und Praxis stehen sich hierbei nicht allein in Nieder-
sachsen, sondern auch in anderen Ländern der Bundesrepublik gegenüber.
In der Bundesrepublik blieb auch vorerst das Hüttenwerk Salzgitter,
das in diesem Jahre festlegte, die Einstellung von Lehrlingen von der
generellen Absolvierung des 9. Grundschuljahres abhängig zu machen,
allein auf weiter Flur.

Die Beseitigung des Lehrermangels ist eine der Voraussetzungen
zur Einführung der verlängerten Grundschulzeit. Auf der Tagung der
niedersächsischen Pädagogen wird diese Tatsache auch zur Diskussion
gestellt. Es geht zunächst als elementare Voraussetzung darum, end-
lich von den schematischen Klassennessziffern abzugehen und dafür
den echten pädagogischen Bedarf festzustellen, wie es auch im Sinne
der gesetzlichen Möglichkeiten zu definieren ist. Ein positives Fazit
aus einer derartigen Diskussion kann nur gezogen werden, wenn neue
Planstellen geschaffen werden.

Die niedersächsische Lehrerschaft vertritt ferner die Auffassung,
dass für die Verteilung der Sommerferien innerhalb der Bundesländer
ein Lösungsweg gefunden werden müsse, der "schulgerecht" sei. Für
die Praxis soll das bedeuten, dass die Ferienordnung nicht zwischen
die Räder kommerziellen Denkens gerät.

Von der niedersächsischen Lehrerschaft wird in diesem Zusammenhang auch die - nicht alte - Forderung unterstrichen, das Bemühen um eine Rechtschreibreform zu stützen und zu stärken. Damit ist gemeint, dass den Kindern viel praktische Bildungszeit durch das Üben der komplizierten, mit einem grossen Ballast von Widersprüchen und Spitzfindigkeiten überladenen Rechtschreibung verlorengeht. Die niedersächsischen Lehrer sind viel eher gewillt, den Kindern echtes Bildungsgut mit auf den weiteren Lebensweg zu geben.

Von wesentlicher Bedeutung für das ganze Bundesgebiet aber ist die Forderung, bei neuen Schulplanungen nicht dem guten Streben nach Einführung des 9. und 10. Schuljahres entgegenzuwirken. Das geht an die Adresse der Kommunen, die der veränderten Situation in der Grundschule bereits heute Rechnung tragen müssen, wenn überhaupt daran gedacht werden soll, den Fortschritt der Technik (und damit die vor allem an den Nachwuchs zu stellenden höheren geistigen Anforderungen) mit dem Grundschulsystem in gute Übereinstimmung zu bringen.

Geht man davon aus, dass das 9. und 10. Schuljahr einmal realisiert werden muss, bedeutet das für die Planung neuer Schulbauten, dass beispielsweise statt einer bisher sechzehnklassigen Volksschule nunmehr eine achtzehnklassige, ja (je nach örtlichen Gegebenheiten) vielleicht sogar schon eine zwanzigklassige Grundschule gebaut werden muss, um damit den grösseren räumlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Es bedarf, trotz des sichtbar fortschrittlichen Denkens der niedersächsischen Lehrerschaft - des abschliessenden Hinweises, dass die Unterschiedlichkeit im Grundschulsystem der Bundesländer und aller hiermit zusammenhängenden Praktiken zu einer generellen Folgerung zwingt: Alle diese Probleme gehören auf den Beratungstisch der turnusmässigen Konferenz der bundesrepublikanischen Kultusminister, deren schnelles Ziel es sein müsste, nicht nur wiederholt zu theoretisieren, sondern den Ländern konstruktive Wege aufzuzeigen, die zur Verwirklichung der verlängerten Schulzeit im Interesse des Kindes und zum Wohle der Wirtschaft führen.

WGB Alfred Frenzel 60 Jahre

sp - Der Elan und die Vitalität des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Wiedergutmachungsfragen Alfred Frenzel lassen nicht darauf schliessen, dass er schon unter die Sechziger geraten ist. Doch der biographische Kalender trügt nicht. Alfred Frenzel wurde am 18. September 1899 in Josefthal bei Gablonz an der Weisse geboren. Nach Besuch der Volks- und Bürgerschule erlernte er das Bäckerhandwerk und arbeitete dann als Glasschmelzer. In sehr jungen Jahren wurde er Mitglied und bald darauf führender Vertrauensmann der verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung. Die Entscheidung von München 1938 führte ihn mit vielen anderen Leidensgefährten in die Emigration nach England. Im bayerischen Kloster-Lechfeld, das ihm zur zweiten Heimat wurde, erwarb er bald nach 1945 durch seine sozialpolitische Aktivität das Vertrauen der Vertriebenen und der Einheimischen. Sie sandten ihn in den bayerischen Landtag und - 1953 - in den Bundestag, dem er auch jetzt noch angehört. Die Übernahme des Vorsitzes im Wiedergutmachungsausschuss war für Frenzel zwar eine Krönung seiner sozialpolitischen Mission, zugleich aber auch eine schwierige Aufgabe. Sein Interventionsfleiss "im weissen Haus zu Bonn am Rhein" übt einen motorischen Einfluss auf dem heiklen und delikaten Gebiet der Wiedergutmachung aus. Viele Verfolgte des "Dritten Reiches" fühlen sich diesem unermüdeten Mann verpflichtet, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, ihnen zu helfen und den Makel zu tilgen, der auf dem deutschen Namen lastet.

+ + +

Kleinlich

sp - Alle Welt hat der grossartigen Leistung der russischen Wissenschaftler, denen es gelang, eine Rakete am Mond zu landen, Anerkennung gezollt. Das war und ist eine Grossstat des menschlichen Geistes. Zu den Gratulanten gehörten die in diesem Wettkampf vorläufig geschlagenen amerikanischen Wissenschaftler, der britische Ministerpräsident Macmillan und sogar der "Osservatore Romano", das Organ des Vatikans. Sie sprachen aus, was so viele Menschen empfanden. Nur einer fehlte unter den Gratulanten, der Bundeskanzler Konrad Adenauer. Er hatte für ein Ereignis, das vielleicht künftige Schulbücher als ein sehr wichtiges Datum in der Geschichte der Menschheit bezeichnen werden, nur hämische Bemerkungen übrig. Ihm fehlt eben jedes Verständnis für Taten, die aussserhalb seines provinziellen Weltbildes geschehen. Wo wirklich Grosses vor sich geht, erweist sich die Kleinlichkeit eines Konrad Adenauer.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel